

# Revolution der Mutlosigkeit

Fotos: Julia Steinbrecht/KNA, Erzbischof Köln, Malik Meid, Sabina Becker, Friso Gentsch/Picture Alliance/DPA



Als Stephan Ackermann (rechts) und Matthias Katsch am 25. September vor die Presse traten, war die Hoffnung groß.

Im Herbst stellen die Bischöfe ein milliardenschweres Entschädigungsmodell für Missbrauchsoffer vor. Jetzt stellt sich heraus: In allen wesentlichen Punkten rudert die Kirche zurück. Was ist da schiefgelaufen? VON RAOUL LÖBBERT



Als Stephan Ackermann am 25. September 2019 bei der Herbstvollversammlung der Bischöfe in Fulda vor die Presse tritt, lässt das Große erahnen. Schließlich ist der Bischof von Trier und Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) nicht alleine gekommen. Neben ihm steht Matthias Katsch vom »Eckigen Tisch«, der wichtigsten Initiative für Opfer sexuellen Missbrauchs durch Kleriker.

Seit an Seit' stellen die beiden das Ergebnis einer von der DBK beauftragten Arbeitsgruppe vor. Es geht um nichts weniger als einen gemeinsamen Vorschlag für die Entschädigung Tausender Missbrauchsoffer unter dem Dach der katholischen Kirche in Deutschland. Die Symbolik des Auftritts lässt nur eine Deutung zu: Zehn Jahre nachdem der Missbrauchsskandal den deutschen Katholizismus in seinen Grundfesten erschütterte, ist die Versöhnung zwischen der schuldig gewordenen Institution und ihren Opfern zum Greifen nah. Es ist ein historisches Moment, eine einmalige Chance, die selbst Optimisten bis vor Kurzem kaum für möglich hielten.

Fünf Monate nach der Pressekonferenz von Fulda jedoch ergeben Christ&Welt-Recherchen

im Umfeld der Bischofskonferenz: Die Chance wurde vielleicht für immer vertan in einer Mischung aus Fahrlässigkeit und Mutlosigkeit. Doch der Reihe nach.

Das Papier, das Ackermann und Katsch am 25. September vorstellten, hat es in sich. Die Autoren, zu denen auch Matthias Katsch selbst gehört, schlagen darin konkrete Modelle für künftige »Entschädigungen« vor. Die Diktion ist dabei entscheidend. Normalerweise sprechen die Bischöfe öffentlich nur von finanzieller »Anerkennung des Leids«, was viele Opfer paternalistisch und verletzend finden. Dass Ackermann auch jetzt das E-Wort nicht über die Lippen kommen will, kassiert er, indem er Katsch weitschweifig dankt für die Begriffsschärfung, die das Papier vornimmt. Die Scheu des Bischofs vor der Entschädigung kommt nicht von ungefähr. Das Wort setzt eine dem zugefügten Leid angemessene Kompensation voraus, nicht nur eine symbolische Geste oder ein Almosen. Und wie will man die zerstörten Seelen und Lebensläufe kompensieren, die sexueller Missbrauch oftmals zur Folge hat?

Die Autoren des Arbeitspapiers machen zwei Lösungsvorschläge: Das erste Modell empfiehlt einen pauschalen Entschädigungsbetrag von 300.000 Euro, das zweite gestufte Summen zwischen 40.000 und 400.000 Euro. Die Folge: An-

gesichts Tausender Fälle würde das schnell einen Milliardenbetrag ergeben. Da kann man als Kirchenvertreter schon mal Wortfindungsstörungen bekommen und der amerikanischen Mitbrüder gedenken. Schließlich sind in den USA gleich mehrere Bistümer pleite gegangen, weil sie von Gerichten zu Entschädigungen in Milliardenhöhe verdonnert wurden. Gegen die Existenzangst empfiehlt das Papier einen Finanzausgleich mittels eines bistumsübergreifenden Fonds: Die reichen Diözesen sollen den armen und den Orden unter die Arme greifen.

Je länger Ackermann in Fulda spricht, desto mehr überwindet er sichtlich seine Scheu vor der freien Rede. Bis ihm ein Satz herausrutscht, an dem er sich fortan messen lassen muss. »Die Bischöfe haben den Auftrag gegeben, auf der Grundlage dieses Modells die Weiterentwicklung unseres Anerkennungssystems zu bearbeiten.« Das könne er als Ergebnis jetzt schon mitteilen.

Nach der Herbstvollversammlung sitzen die Bischöfe erst wieder am 27. und 28. Januar beim Ständigen Rat der Bischofskonferenz in Würzburg-Himmelsporten zusammen. Auf der Tagesordnung steht auch die Reform des bisherigen Systems der Anerkennungsleistungen. Was die Bischöfe in Würzburg beschließen, soll eine von Ackermann geleitete Arbeitsgruppe bis zur Früh-

jahrsvollversammlung Anfang März in Mainz weiter ausarbeiten. Erst dann wird final abgestimmt. Gleichwohl nehmen die Bischöfe in Würzburg eine Weichenstellung vor.

Schnell steht fest: Entschädigungen oder Schmerzensgeld soll es auch weiterhin nicht geben. Demnach bleibt es also bei Anerkennungsleistungen. Dass diese momentan angesichts des erlittenen Leids mit rund 6000 Euro pro Fall skandalös niedrig sind, ist den meisten Anwesenden bewusst. Angelehnt an Modelle der Bischofskonferenzen in Österreich und den Niederlanden soll diese Summe künftig aufgestockt werden, maximal auf eine Einmalzahlung im mittleren fünfstelligen Bereich – weit entfernt also von den im Herbst noch vorgestellten Beträgen des Arbeitspapiers. Wie in Österreich präferieren die Bischöfe in Würzburg ein stufenweises Modell, das sich an der Schwere des jeweiligen Falls orientiert. Über die Einstufung der verschiedenen Fälle soll künftig eine unabhängige Kommission befinden. Ähnlich der seit dem Jahr 2011 bei der Bischofskonferenz

Fortsetzung auf Seite 4



Rainer Maria Woelki, 63:  
Der Hardliner

Kaum einer hat in den vergangenen Monaten so offen die Konfrontation mit Marx gesucht wie der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki. Wie schon sein Vorgänger Joachim Kardinal Meisner gilt Woelki als konservativer Hardliner mit guten Kontakten nach Rom. In der Bischofskonferenz, die den Vorsitzenden wählt, hat Woelki wenige, dafür aber umso entschlossener Verbündete. Vor allem die jungen und liberalen Bischöfe können mit Woelki jedoch kaum etwas anfangen. Er gilt als verschlossen, wenig kompromissfähig und theologisch rückwärtsgewandt. Gleichwohl steht er dem wohl mächtigsten deutschen Bistum vor. Diese Macht nutze schon sein Vorgänger, um den Vorsitzenden, damals hießen diese Lehmann und Zollitsch, zu beschädigen, jedoch nicht an seine Stelle zu treten.



Franz-Josef Overbeck, 55:  
Der Intellektuelle

Der Bischof von Essen gilt unter den deutschen Bischöfen – wie Marx – als kluger Kopf und versierter Redner, den man auf jedes Podium schicken kann, ohne dass es peinlich wird (eine seltene Qualität in der Deutschen Bischofskonferenz). Als Militärbischof hat Overbeck beste Kontakte in die Politik. Zudem galt er – ebenfalls wie Marx – mal als konservativ. Zuletzt aber verkündete er: »Die alte Zeit ist zu Ende.« Vom Zölibat bis zur Frauenweihe müsse alles auf den Prüfstand. Viele junge Bischöfe, die noch nicht wie Overbeck auf ein Jahrzehnt im Amt zurückblicken können, schauen auf zu ihm. Außerdem leitet er ein kleines Bistum, was sich im Gerangel der einflussreichen Bischöfe und Bistümer am Ende als Vorteil herausstellen könnte.

## Reinhard Marx will nicht mehr – und nun?

Es war ein Paukenschlag. Auf den Tag genau sieben Jahre nachdem Benedikt XVI. seinen Rücktritt erklärte (und nur einen Tag nach dem spektakulären Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer vom CDU-Vorsitz), gab Reinhard Kardinal Marx, 66, bekannt, bei der Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischöfe Anfang März in Mainz nicht mehr für eine zweite Amtszeit als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zur Verfügung zu stehen. »Ich finde, es sollte die jüngere Generation an die Reihe kommen«, ließ Marx per Pressemitteilung verlauten. Die Entscheidung des Vorsitzenden trifft die Bischofskonferenz zur Unzeit. Gerade erst ist der von Marx initiierte und gegen heftigen Widerstand aus den eigenen Reihen durchgesetzte Synodale Weg gestartet. Bei diesem wollen Bischöfe und Laien zusammen die strukturellen Fragen aus der im Herbst 2018 vorgestellten MHG-Studie über sexuellen Missbrauch von Kindern durch Kleriker klären. Zudem gibt es momentan keinen designierten Nachfolger. Wer also soll Marx im Amt beerben? Christ&Welt stellt die derzeit prominentesten und die aussichtsreichsten Kandidaten vor.



Heiner Wilmer, 58:  
Der Außenseiter

Für viele, die auf eine Veränderung der katholischen Kirche hoffen, ist er der Hoffnungsträger: der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer. Seit vielen Jahren engagiert Wilmer sich für soziale Projekte im Heiligen Land. Im Jahr 2018 wurde er einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Der Missbrauch von Macht, sagte Wilmer damals, gehöre zur »DNA der Kirche«. Zudem sprach er sich wiederholt gegen die Ehelosigkeit von Priestern aus. Für seine Äußerungen zum Missbrauch wurde Wilmer vom Kölner Kardinal Woelki heftig kritisiert. Doch er ist erst seit September 2018 im Amt – zu kurz möglicherweise, um bereits als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz infrage zu kommen.



Franz-Josef Bode, 69:  
Der Stellvertreter

»Bibo«, wie Franz-Josef Bode seit seiner Zeit als Jugendbischof im Bistum Osnabrück auch gerne genannt wird, ist momentan stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Er gilt als freundlich und loyal seinem Vorgesetzten Marx gegenüber. Davon abgesehen war er schon liberal und reformfreudig, als der Papst noch nicht Franziskus, sondern Benedikt XVI. hieß. Bode fehlen jedoch Marx' rhetorisches Talent und sein Charisma. Zudem ist er in der Vergangenheit schwer krank gewesen und nie ganz davon genesen. Sollten sich die verschiedenen Lager der Bischofskonferenz jedoch blockieren und auf keinen klaren Kandidaten einigen können, könnte Bode den Vorsitz interimsmäßig übernehmen.

Fortsetzung von Seite 3

angesiedelten Zentralen Koordinierungsstelle (ZKS), die auf Basis von Plausibilitätsprüfungen in den betroffenen Bistümern Empfehlungen für Anerkennungsleistungen ausspricht.

Sind alle Chancen also dahin?  
Ist die Hoffnung auf Versöhnung  
vollends der Verbitterung  
gewichen? Und wenn es so ist:  
Wie nur konnte es so weit kommen?

Dieses Verfahren allerdings wurde von Experten und Opfervertretern in der Vergangenheit immer wieder heftig kritisiert. Einerseits macht die ZKS keine Angaben über ihre Mitglieder oder die Kriterien, nach denen sie über Anträge befindet. Andererseits hielten sich Bistümer wiederholt nicht an die Vorschläge. Die Folge: ein Anerkennungswildwuchs. Während in manchen Bistümern beinahe 100 Prozent aller Antragsteller Anerkennungsleistungen erhielten, waren es in anderen, wie die von der DBK in Auftrag gegebene MHG-Studie 2018 ermittelte, wesentlich weniger. In einem Bistum erhielten sogar nur 7 Prozent der Missbrauchsopfer Geld von der Kirche.

**O** b die neue Kommission ebenfalls nur Empfehlungen aussprechen oder, wie Experten seit Langem fordern, verbindliche Summen beschließen kann, ist nach C&W-Informationen noch offen. Letzteres ginge nur durch eine Selbstverpflichtung der Bischöfe im März. Diese wäre aber selbst dann schwer zu erzielen und durchzusetzen, wenn die DBK nicht so

Wie konnten seine Mitbrüder es  
zulassen, dass Bischof Stephan  
Ackermann bei einer Pressekonferenz in  
Fulda den Missbrauchsopfern falsche  
Hoffnungen macht?

zerstritten wäre, wie sie derzeit ist. Anders als im Arbeitspapier empfohlen, soll es auch keinen Entschädigungsfonds geben. Jedes Bistum und jeder Orden müsste demnach selbst sehen, woher die Summen für die Anerkennungsleistung kommen. Vor allem einige Ost-Bistümer haben deshalb angeblich in den Sitzungen des Ständigen Rats vehement den Mangel an mitbrüderlicher Solidarität beklagt und gedroht, die

Reform nicht mittragen und stattdessen eigene Pläne verfolgen zu wollen. So wie das Bistum Freiburg es vorgemacht hat. Seit Anfang des Jahres zahlt Freiburg seinen Opfern eine monatliche Unterstützung von bis zu 800 Euro – sofern denn der Antragsteller seine Bedürftigkeit belegen kann.

Kurz: Die »Weiterentwicklung« von Würzburg ähnelt sowohl in der Summe als auch in Terminologie und konkreter Ausgestaltung mehr dem Status quo, den alle Beteiligten eigentlich überwinden wollten, als dem Arbeitspapier, das Ackermann bei der Pressekonferenz im September präsentierte.

Wie sieht das der Mann, der in Fulda neben dem Bischof stand? Das Fazit des Opfervertreters ist deutlich: Nachdem man im letzten Jahr noch bereit schien, in der Bischofskonferenz Verantwortung für das Versagen der eigenen Institution und ihrer Leitung in der Vergangenheit zu übernehmen, teilt Matthias Katsch Christ&Welt per Mail mit, werde jetzt zurückgerudert. »Das ist an Boshaftigkeit nicht mehr zu überbieten. Denn es spekuliert auf die Trägheit der öffentlichen Meinung und die Feigheit der Politik, die der Auseinandersetzung mit der Kirche gerne aus dem Weg geht«, so Katsch. Die Betroffenen sollen »zermürbt werden in der Hoffnung, dass sie irgendwann entnervt aufgeben oder schlicht das Zeitliche segnen«.

Sind alle Chancen also dahin? Ist die Hoffnung auf Versöhnung vollends der Verbitterung gewichen? Und wenn es so ist: Wie nur konnte es so weit kommen?

Kehren wir zurück nach Fulda. Während der Pressekonferenz spricht Ackermann viel von einer Richtungsentscheidung und suggeriert so fälschlicherweise: Im Grunde sei die Entscheidung prozessual bereits gefallen. Dabei verschweigt er, dass sein Arbeitspapier von vielen nicht mitgetragen wird, die es später in der Praxis umsetzen sollen.

So etwa das Fazit eines Briefs der Generalsekretärin der Deutschen Ordensobernkongress am 16. September 2019. Die Deutsche Ordensobernkongress könne die Empfehlungen des Arbeitspapiers für die Ordensgemeinschaften demnach nicht befürworten, weil es »keine realistischen Möglichkeiten der Akzeptanz oder der Umsetzung« gebe. Zudem seien die kolportierten Summen für die Orden schlicht nicht leistbar.

Der Brief liegt bei den Beratungen der Bischöfe in Fulda aus. Haben sie ihn gelesen? Wenn ja, wie können sie zulassen, dass Ackermann den Opfern falsche Hoffnungen macht? Ist das Missbrauchs-thema ihnen in Wahrheit gar nicht so wichtig? Spekulieren sie darauf, dass nach den Versöhnungsbildern später keiner mehr fragt, was aus der »Weiterentwicklung« geworden ist? Nehmen sie in

Kauf, dass Ackermann, der bei seinen Mitbrüdern kein hohes Ansehen genießen soll, sich blamiert? Hoffen manche sogar darauf? Und was ist mit Ackermann: Hat er eine Strategie oder hat er sich schlicht verquatscht?

Drei Wochen nach seiner Pressekonferenz bekommt Ackermann erneut Post, diesmal vom Bamberger Generalvikar Georg Kestel. Dieser schreibt in seiner Funktion als Moderator der Konferenz der deutschen Generalvikare dem Missbrauchsbeauftragten. In seinem Brief bemängelt Kestel die »schwer nachvollziehbare Konferenzdramaturgie« von Fulda. Dieser sei es zu verdanken, dass bei der Öffentlichkeit »absolut voreilig, extrem verkürzt, tendenziös einseitig und total unkoordiniert« der Eindruck erzeugt worden sei, dass mit Entschädigungszahlungen von 300.000 Euro oder mehr gerechnet werden müsse. Es müsse damit gerechnet werden, heißt es in dem Schreiben weiter, dass sich die jeweils zuständigen Bistumsinstanzen »mit größter Sicherheit kritisch, wenn nicht gar total ablehnend« zu Entschädigungen aus Kirchensteuermitteln aussprechen werden.

Schließlich sei die Kirchensteuer, behauptet Kestel, zweckgebunden an die Bestreitung des Gottesdienstes, die Werke der Caritas und zur Entlohnung der Kirchenmitarbeiter. Entschädigungen »für unentschuldigbares Fehlverhalten« fielen wohl kaum darunter. Ein von Kirchenvertretern gerne gebrauchtes, aber genauso falsches wie vielsagendes Argument, meint dazu Thomas Schüller, Professor für Kirchenrecht an der Universität Münster. »Wenn Entschädigungen an Missbrauchsopfer keine Werke der Caritas sind, was dann?«

Dennoch hört man das Argument seit September immer wieder – und das nicht nur von katholischen Hierarchen. Unmittelbar nach der Pressekonferenz in Fulda beginnt eine bis heute anhaltende Debatte, woher das Geld für mögliche Entschädigungen kommen soll. Als einer der Ersten äußert sich der Jesuitenpater Klaus Mertes. Mertes machte 2010 den Missbrauchsskandal in Deutschland öffentlich. »Ich gehe davon aus«, sagte Mertes am 29. September 2019 dem »Kölner Stadt-Anzeiger«, »dass die Bischöfe eine solche Regelung nicht in der Annahme beschließen, dass nun das Kirchenvolk in Mithaftung genommen wird.« Ein problematischer Satz. Er suggeriert: Missbrauch ist nur ein Problem der Hierarchen, nicht aber der Laien. Dabei konnten die Täter sich nicht nur deshalb lange an Kindern vergehen, weil ihre Vorgesetzten sie schützten und versetzten. Die Täter profitierten auch von den fest verschlossenen Augen vieler Laien in den Gemeinden.

Selbst das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wusste lange zum Missbrauch in der katholischen Kirche nicht mehr zu sagen als die deutschen Bischöfe. Als im Jahr 2002 etwa in den USA Hunderte Missbrauchsfälle im katholischen Kontext öffentlich wurden, klammerte das ZdK das Thema im Vorfeld der Vollversammlung in Bonn-Bad Godesberg einfach aus, wie der Bonner Kirchenrechtler Norbert Lüdecke vor zwei Wochen in Christ&Welt schrieb. Christa Nickels, die damalige Kirchenbeauftragte von Bündnis 90/ Die Grünen, reagierte empört: »Mir tut das weh,

dass wir das Thema dann tabuisieren, wenn es uns auch selber betrifft.«

Achtzehn Jahre später hat sich das ZdK zwar mehr oder weniger erfolgreich mit den Bischöfen auf den Synodalen Weg gemacht, um die Kirche zu reformieren, tut aber gleichzeitig immer noch so, als ginge das Thema Missbrauch die Laien nichts an. Sollten »unsere Kirchensteuern« für Entschädigungen Verwendung finden, argumentierte etwa die stellvertretende ZdK-Vorsitzende Claudia Lücking-Michel bei der Vollversammlung am 22. November 2019 in Bonn, drohe eine Akzeptanzkrise des gesamten Kirchensteuersystems, gefolgt von einer Austrittswelle. Und ZdK-Präsident Thomas Sternberg ist sich sicher: Die Kirche habe nicht beliebige Mittel für Entschädigungen zur Verfügung. Zudem seien die Summen, die im Herbst genannt wurden, im europäischen Kontext beispieldios. Woher Sternberg sein intimes Wissen

Weil alle verantwortlich sind,  
lautet eine Weichenstellung von  
Würzburg, sollen alle zahlen: zuerst die  
Täter, dann die Bistümer mit ihren  
Vermögenswerten, und wenn das nicht  
reicht, auch die Kirchensteuerzahler.

um die bischöflichen Finanzen hat, behält er dabei genauso für sich wie jeden Hinweis darauf, dass Entschädigungen im außereuropäischen Kontext sehr wohl sechsstellig sein können. So in Australien, wo die »Royal Commission« Zahlungen an Missbrauchsopfer von bis zu 120.000 Euro empfiehlt.

**G**leichwohl gilt angesichts einer »Weiterentwicklung«, die mehr Rückbildung ist, die letzte Hoffnung von Matthias Katsch den Laien. »Sie müssen ihren Vorleuten«, so Katsch, »den Bischöfen und Ordensverantwortlichen, jetzt in den Arm fallen bei dem Versuch, die Opfer wieder zu hintergehen.« Nur setzt das voraus, dass die Laien aufhören, sich zu belügen. Schuld sind nicht nur die anderen. Die Bischöfe wissen das. Weil alle verantwortlich sind, lautet eine Weichenstellung von Würzburg, sollen alle zahlen: zuerst die Täter, dann die Bistümer mit ihren Vermögenswerten, und wenn das nicht reicht, auch die Kirchensteuerzahler.

Die große Chance auf Versöhnung mag vertan sein, und doch könnte sich in der Solidargemeinschaft der schuldigen Zahler doch noch auf sehr katholische Weise bewahren, was Stephan Ackermann, der Missbrauchsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, am 19. Oktober auf die ihm eigene Art im Antwortschreiben an Generalvikar Georg Kestel schreibt. Er möchte, betont Ackermann darin, darauf hinweisen, dass die Präsentation der Empfehlungen des Arbeitspapiers »nicht nur unglückliche Auswirkungen« zur Folge gehabt habe. »Nicht nur« – so zynisch-zweckoptimistisch kann man es auch sehen, und muss es wohl, will man als Bischof nicht vollends an sich und seiner Kirche verzweifeln.

ANZEIGE

ZEIT EDITION

# JAZZ

für kleine Hörer

6 CDs

in einer Box  
für nur 69,95 €\*

Hörproben und Details unter:

shop.zeit.de/jazz ☎ 040/3280-101

Begeistern Sie Ihre Kinder spielerisch für Jazz:

6 CDs in einer hochwertigen Box mit unwiderstehlichen Grooves für Klein und Groß, liebevoll illustriert von Barbara Scholz

Lustige und spannende Hör-Abenteuer, mitreißend vertont und erzählt

ZEIT-Extras: Tolles Kinderzimmerposter und individueller MP3-Download-Code

Das ideale Geschenk für nur 69,95 €\*

6 unwiderstehliche Jazz-Geschichten, die einfach allen gute Laune machen.

Bestell-Nr. 32937 | \*zzgl. 4,95 € Versandkosten | Illustrationen von Barbara Scholz | Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg